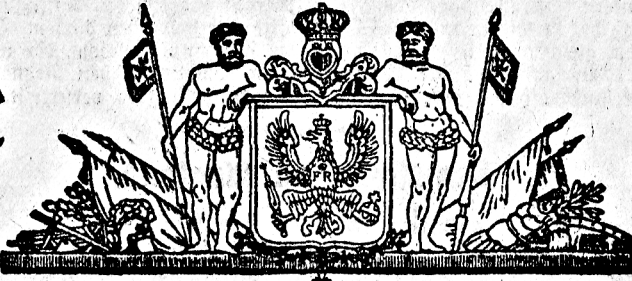


Wossische



Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

20 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26

Fernsprach-Zentralo: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800 11 801, 11 802 bis 11 852, sowie 15 277, 15 281, 15 282 bis 15 298

Nach dem Breslauer Zwischenfall.

Simons bei Laurent.

Der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons und der preussische Minister des Innern Sebering haben gestern mittag, entsprechend den Vereinbarungen über die Beilegung des Zwischenfalls von Breslau, den französischen Botschafter Laurent aufgesucht. Nach dem amtlichen Bericht hat Dr. Simons folgende Erklärung abgegeben:

In der Note vom 30. v. M. haben Eure Exzellenz der deutschen Regierung die Bedingungen mitgeteilt, unter denen die Regierung der französischen Republik die Beilegung des Zwischenfalls herbeiführen will, der sich auf dem französischen Konsulat in Breslau am 26. August d. J. zgetragen hat. Zugleich haben Sie auf eine Reihe von Rundgebungen und Angriffen gegen zivile und militärische Vertreter Frankreichs in Deutschland hingewiesen. Dabei haben Eure Exzellenz betont, daß die Regierung der französischen Republik mit der deutschen Regierung in einer Atmosphäre der Beruhigung und der Arbeit friedliche Beziehungen zu unterhalten wünsche. Derselbe Wunsch erfüllt die deutsche Regierung. Sie mißbilligt auf das Entschiedenste diese Vorlesommisse, die wie die Vorgänge in Breslau durch gewisse Umstände und Ereignisse erklärt aber nicht gerechtfertigt werden können. Die deutsche Regierung bedauert alle Zwischenfälle, deren Opfer französische Vertreter oder Staatsangehörige geworden sind, und wird die in der Note vom 30. v. M. geforderten Genugtuungen gewähren.

Die Erwiderung des französischen Botschafters hatte folgenden Wortlaut:

Im Namen der Regierung der Republik nehme ich Kenntnis von der Erklärung Eurer Exzellenz und der Zusage der Reichsregierung, daß sie die ihr mitgeteilten Wiedergutmachungsfordernngen erfüllen wird. Lassen Sie mich, Herr Minister, der Hoffnung Ausdruck geben, daß sich ähnliche Zwischenfälle nicht wiederholen und daß die Beziehungen Deutschlands und Frankreichs sich von nun an im Geiste friedlicher Zusammenarbeit gestalten werden, der für die wirtschaftliche Wiederaufrichtung und das Gedeihen beider Teile so nötig ist.

Sodann machte der Reichsminister von den durch die Reichsregierung, der Minister des Innern von den durch die preussische Regierung in Erledigung der französischen Forderungen getroffenen oder eingeleiteten Maßnahmen Mitteilung.

Die Regierung erläßt ferner eine Erklärung, die sich mit den militärischen Ehrenbezeugungen befaßt, die eine Kompanie der Reichswehr bei der Wiedereröffnung des französischen Konsulats in Breslau erweisen soll. Es heißt da:

Aus den Verhandlungen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten ist bekannt geworden, daß sich die Vertreter aller Parteien in voller Würdigung der Schwere dieser Aufgabe dahin ausgesprochen haben, daß die Forderung nicht abgelehnt werden könne. Die Regierung verläßt sich auf den Gehorsam und auf das Pflichtbewußtsein der Truppe, die berufen sein wird, ihrem Eide gemäß die Befehle der Regierung auszuführen. Sie rechnet bei allen Angehörigen der Wehrmacht auf Verständnis für die schwierige Lage, in der wir uns befinden. Pflicht der Bevölkerung wird es sein, der Truppe die Erfüllung einer Aufgabe, die sie mit Selbstverleugnung auf sich nimmt, nach Kräften zu erleichtern.

Dieser dringende Appell kennzeichnet die Verlegenheiten, die der deutschen Regierung bei der würdigen Erledigung des Zwischenfalls durch das verantwortungslose Treiben gewisser Kreise erwachsen. Die französische Regierung hat ihrerseits alles getan, um eine glatte und rasche Beilegung zu erleichtern. Es ist politisch töricht und würdelos, wenn in einem Teil der Presse dieses Entgegenkommen auf ein Eingreifen des imaginären englischen „Protectors“ zurückgeführt wird. Zu dem gleichen Gebiet einer Unwahrscheinlichkeit, die der deutschen Sache schadet, gehört auch der Versuch rechtsstehender Kreise, von einem Erfolg zu sprechen, der ausgerechnet ihrer Steifnacktheit zu verdanken sei. Wenn etwa die Beilegung des bedauerlichen Zwischenfalls erschwert hat, so war es die Haltung der Leute, die sich auch bei dieser Gelegenheit in einem Dramarbaston gefielen, der ebenso unernst wie peinlich wirkte.

Bei dem an anderer Stelle wiedergegebenen Telegramm an General Le Rond richten die deutschen Parteiführer Oberschlesiens an die Interalliierte Kommission die Forderung, daß die Truppen, statt die wüsten Städte zu füllen, mit Wachen das Land überziehen. Diese Forderung geht von einer Stelle aus, die wohl in der Lage sein könnte, ihre Tragweite zu beurteilen. Um so mehr muß es Erstaunen erregen, daß gewisse Pressestellen von Breslau aus gleichzeitig einen Alarmruf erlassen, in dem dargelegt wird, die Polen planten einen neuen Aufstand, um sich der oberschlesischen Städte zu bemächtigen und ausgerechnet in diesem Augenblick schädten sich die Franzosen an, die Städte zu räumen. Dieser Breslauer Pressestelle sollte doch schleunigst das Handwerk gelegt werden.

Ein Ententetransport angehalten.

Gewehrmunition für Oberschlesien vernichtet.

Aus Erfurt wird folgender Vorfall berichtet: Am Freitag, dem 3. September, passierte den dortigen Bahnhof ein Transport, der Nachschub für die interalliierten Besatzungstruppen in Oberschlesien enthielt. Der Transport war an der Grenze bereits kontrolliert worden und als Entente-Nachschub ausdrücklich kenntlich gemacht. Trotzdem wurde er in Erfurt von Eisenbahnarbeitern nochmals einer Kontrolle unterzogen, ein Waggon, der Gewehrmunition enthielt, wurde abgekuppelt und auf ein Nebengleis geschoben. Am Sonnabend wurde die Ladung des Waggons auf freiem Felde von den Arbeitern zur Explosion gebracht und vernichtet. Der übrige Transport konnte ungehindert weiterrollen.

Durch dieses Vorgehen eines Teiles der Eisenbahnarbeiter in Erfurt, das nicht scharf genug verurteilt werden kann, ist in doppelter Hinsicht eine schwierige, sogar bedenkliche Situation geschaffen worden. Es ist erstens mutwillig ein neuer Konflikt zwischen Deutschland und der Entente heraufbeschworen worden. Nach dem Friedensvertrage hat die Entente das Recht zu ungehindertem Nachschub für die interalliierten Besatzungstruppen in den Abstimmungsgebieten. Die Abstuppelung des Waggons mit Gewehrmunition und die Vernichtung dieser Munition stellt eine Verletzung der in Frage kommenden Bestimmungen des Friedensvertrages dar, für die die deutsche Regierung verantwortlich gemacht werden kann und vermutlich auch gemacht werden wird. Durch ihr leichtfertiges und unfeinartiges Verhalten haben die Erfurter Eisenbahner nichts weiter erreicht, als daß sie dem deutschen Volk, das die Besatzung bezahlen muß, einen schweren Schaden zugefügt haben. Praktisch bedeutet ihr Vorgehen einen leeren Schlag in die Luft, denn die Entente wird an Stelle des verbrannten Munitionswagens einen anderen schicken, und der wird befördert werden müssen, ob es nun den Erfurter Eisenbahnern gefällt oder nicht.

Der Reichsverkehrsminister hat telegraphisch angeordnet, daß jene Eisenbahnarbeiter, die an der Anhaltung und der Untersuchung des Zuges sowie an der Verbrennung der Munition beteiligt gewesen sind, sofort aus dem Dienste zu entlassen sind. Zum ersten Male hat damit der Minister die Androhung verwirklicht, daß gegen jene Eisenbahnbediensteten, die sich bei der Kontrolle von Eisenbahntransporten Eigenmächtigkeiten herausnehmen, disziplinarisch auf das strengste vorgegangen werden wird.

Die sogenannte „Reichskontrollkommission“, in der die beiden sozialistischen Parteien, der Deutsche Eisenbahnerverband und der Transportarbeiterverband vertreten sind, hat in ihrem jüngsten Aufrufe an die Eisenbahnbediensteten die Aufforderung gerichtet, die Waffenkontrollen auf den Eisenbahnen nicht nach den Anweisungen des Reichsverkehrsministeriums, sondern nach denen der Kontrollkommission vorzunehmen. Der Vorfall in Erfurt ist ein Ergebnis dieser Aufforderung zum Disziplinbruch. Die Kon-

trollkommission hat ferner angekündigt, daß sie in dem Falle einer Bestrafung von Bediensteten wegen ihres disziplinwidrigen Verhaltens sämtliche Arbeiterorganisationen zur Bekundung ihrer Solidarität aufrufen werde. Es bleibt nun abzuwarten, inwieweit versucht wird, diese Drohung jetzt angesichts der ungeheuerlichen Folgen ihrer Reichfertigkeit wahrzumachen. Die Regierung würde sich der schweren Pflichtverletzung schuldig machen, wenn sie nicht gegen die anarchischen Eingriffe mit allen Mitteln einschreiten würde.

In den Vereinbarungen, die im August zwischen der Reichsregierung und der Kontrollkommission über die Waffenkontrolle auf den Eisenbahnen abgeschlossen wurde, ist ausdrücklich anerkannt worden, daß Ententezüge, die auf Grund des Versailler Friedensvertrages durch Deutschland geführt werden, weder einer Kontrolle, noch einer Anhaltung unterliegen dürfen, sofern sie gekennzeichnet sind. Es ist ferner bestimmt worden, daß die Kontrolle nur vor Beginn des Transportes zu erfolgen hat, daß aber einmal zugelassene Transporte unterwegs nicht mehr angehalten werden dürfen, weil sonst eine Verstopfung der Bahnhöfe und ein Wirrwarr im Eisenbahnverkehr nicht zu vermeiden wäre. Gegen beide Vereinbarungen ist in Erfurt verstoßen worden. Es ist ein als solcher genau gekennzeichnete Ententetransport angehalten worden, und er ist in Erfurt nicht vor Beginn, sondern während des Rollens aufgehalten worden. In den Anweisungen des Reichsverkehrsministers, die sich streng an die Augustvereinbarungen halten, ist angeordnet, daß die Kontrolle von behördlichen Delegationen gemeinsam mit den Vertretern der örtlichen Eisenbahnbetriebsräte vorzunehmen ist, daß aber Unbefugte zu einer Kontrolle nicht berechtigt seien. In Erfurt aber haben unbefugte, nicht bevollmächtigte Arbeiter eingegriffen.

Auch der zentrale Deutsche Eisenbahnerverband der Einlage der vier Eisenbahnerverbände, der in der Kontrollkommission vertreten ist, muß zugeben, daß die Regierung in der Kontrolle des Waffentransportes sich einwandfrei verhalten habe. Jedem Verdachte, jeder Anzeige eines vielleicht neutralitätswidrigen Transportes ist sorgfältig nachgegangen, in jedem Falle, der Veranlassung gab, eingeschritten worden. Warum gerügt das der Kontrollkommission nicht? Warum verweist sie sich auf die Forderung, daß die Eisenbahntransporte zu jeder Zeit, auf jeder Station, von jeder beliebigen, zur Eisenbahn oder nicht zur Eisenbahn gehörenden Gruppe von Arbeitern sollen „kontrolliert“ werden dürfen. Man muß doch daraus schließen, daß es sich bei dieser Art von „Kontrolle“ nicht um die Wahrung der Neutralität handelt, sondern um den Versuch, einzelne Parteigruppen zu Herren der Eisenbahn zu machen.

In einer Konferenz des Bezirksvorstandes der Deutschen Eisenbahnerverbände für den Eisenbahndirektionsbezirk Münster wurde eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: „Die Reichsregierung, die zugefagt hatte, daß die Kontrolle der Waffen- und Munitionstransporte unter Mitwirkung der Vertreter der Arbeiter erfolgen soll, hat sich durch ihre Brieft vom 28. August in Widerspruch zu dieser Vereinbarung gestellt. Es ist aber der unänderliche Wille des deutschen Eisenbahnerverbandes, gemeinschaftlich mit der übrigen arbeitenden Bevölkerung zu entscheiden, welche Maßnahmen zum Wiederaufbau Deutschlands ergriffen werden. Sie würden jetzt erst recht mit peinlicher Sorgfalt die Transportprüfungen vornehmen.“

Verständigung mit den englischen Bergarbeitern.

Wie eine Reutermeldung aus London berichtet, hat der englische Bergarbeiterführer Smilie am Sonnabend in einem Interview erklärt, daß die Bergarbeiter bereit sind, die Vermittlung eines unparteiischen Ausschusses anzunehmen, dem die Aufgabe zufallen soll, die Löhne im richtigen Verhältnis zu den wirklichen Preissteigerungen der Lebensnotwendigkeiten zu setzen und ein Herabdrücken der Kosten des Lebensunterhalts durch eine Herabsetzung der Kohlenpreise zu bewirken. Der englische Handelsminister Sir Robert Forne hat sich gestern dahin geäußert, daß die Regierung bereit ist, die Entscheidung eines solchen Ausschusses über die Lohnhöhe anzunehmen. Die Preispolitik der Regierung könne jedoch kein Gegenstand der Untersuchung sein, da die Festsetzung der Kohlenpreise vom Unterhause genehmigt worden sei.

Dieser Verlauf der Bergarbeiterkrise beweist, daß die englischen Bergarbeiter unter dem Einflusse der dem Strette feindlich gestimmten öffentlichen Meinung und unter dem Druck der Nachschläge der beiden anderen Großgewerkschaften den sachlichen Ausweg aus der Krise angenommen haben, der schon in der „Wossischen Zeitung“ vom 28. August als die wahrscheinlichste Lösung angedeutet wurde. Es besteht bei den englischen Arbeitern keineswegs die Neigung — wie man vielfach fälschlich annimmt — einen Entscheidungskampf um die Macht mit der englischen Regierung auszutämpfen. Die englischen Arbeiter handeln auch bei der Vertretung ihrer besonderen Klassen-

interessen immer nach dem Grundsatz, in erster Linie Engländer zu sein, die unter keinen Umständen große nationale Interessen um kleinlicher Sonderforderungen willen zu gefährden geneigt sind.

Rösig Konstantins Ausweisung verlangt.

Drahtmeldung.

Paris, 5. September. (W. T. B.)

Wie der „Temps“ aus Athen meldet, berichten dortige Blätter, daß die griechische Regierung von der Schweizer Regierung die Ausweisung des Königs Konstantin verlangen werde, dessen Beteiligung an dem Anschlag auf Benigelos und an der in Athen entdeckten Verschwörung durch eine Untersuchung festgestellt sein soll.

Giolitti und Fiume.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

in Mailand, 5. September.

Nachrichten aus Fiume zufolge hat Giolitti den Abgesandten dieser Stadt erklärt, daß er sich bezüglich der Frage ihrer Zukunft volle Handlungsfreiheit vorbehalte, aber in wirtschaftlicher Beziehung bemüht sein werde, die Fiume bisher zugewanderten Unterstützung fortzusetzen. Der Nationalrat von Fiume nahm diese Erklärung zur Kenntnis und machte gleichzeitig gegen die von d'Annunzio vorgeschlagenen neuen Forderungen verschiedene Einwendungen.